

schen Emigranten Heinrich Levy Aufnahme in die „Enciclopedia Italiana“. Spengler wurde darin als „Apologet des deutschen Imperialismus und Pan-germanismus“ (147) charakterisiert. Im Jahr 1940 gab die Faschistische Partei einen vielbändigen „Dizionario di politica“ heraus, in dem sich ein Beitrag des Universitätsprofessors Felice Battaglia mit Spengler auseinandersetzte. Im Unterschied zu Mussolini fand dieser das Werk Spenglers überhaupt nicht ansprechend: „Der theoretische Wert dieser Lehren ist dank des sie charakterisierenden flachen naturalistischen Determinismus praktisch gleich Null“ (Zit. n. S. 151). Auch andere Autoren aus der politischen Kultur des Faschismus kritisierten Spengler. Eine erste italienische Monographie über Spengler erschien 1928 durch Vittorio Beonio-Brocchieri, der auch „Jahre der Entscheidung“ übersetzte. Seine Sicht auf Spengler blieb zwiespältig, wie *Thöndl* eingehend dargelegt hat. Später schwankten auch die zahlreichen Nachrufe auf Spengler zwischen Lob und Tadel. Das Informationsorgan des Heiligen Stuhls, der „Osservatore Romano“, beließ es bei einer knappen Notiz über Spenglers Tod ohne weitere Wertung.

Insgesamt bekommt der Leser einen exzellenten, systematisierten und damit sehr gut lesbaren Eindruck über die Rezeptionsgeschichte Spenglers unter dem italienischen Faschismus. Der Autor argumentiert stets sachlich und faktenbasiert. Obwohl die italienische Ausgabe von Spenglers „Untergang des Abendlandes“ erst nach 1945 erschien, kann eine facettenreiche wie interessante Wirkungsgeschichte rekonstruiert werden, die das Verhältnis zwischen „Konservativer Revolution“ und italienischem Faschismus und dessen

ideengeschichtlicher Unterfütterung erhellt. Spengler stand Mussolini nahe – „der Duce“ war sein auserkorener „Cäsar“ –, was die Schlussfolgerung zulässt, Mussolini selbst als „Konservativen Revolutionär“ zu bezeichnen. Wer immer noch einen Beleg für die Problematik des Begriffs „Konservative Revolution“ braucht, findet ihn hier am Beispiel eines höchst umstrittenen Exponenten im außerdeutschen Kontext. Auch im konkreten Kontext fehlt es an Trennschärfe, der Begriff verliert sogar jegliche Kontur. In Bezugnahme auf seinen Untertitel „Kulturexport“ greift der Autor die Problematik am Ende eines illustren Bildes auf. Er vergleicht die „Konservative Revolution“ mit einem „Lastwagen, [...] der auf dem Weg über den Brenner seine Ladung verloren hat“ (200).

Florian Hartleb

Vergleich politischer Systeme

Culpepper, Pepper D. *Quiet Politics and Business Power. Corporate Control in Europe and Japan*. Cambridge [u.a.]. Cambridge University Press 2011. 221 Seiten. 26,10 €.

In den vergangenen Jahren hat sich die Debatte über Entwicklungspfade unterschiedlicher „Spielarten des Kapitalismus“ weitgehend auf das Dreieck zwischen Arbeitsbeziehungen, *skill formation* und Wohlfahrtsstaat konzentriert. Vor diesem Hintergrund ist begrüßenswert, dass *Pepper D. Culpepper* den Wandel der Unternehmenskontrolle (*corporate governance*) entwickelter Industrieländer in Erinnerung ruft und hierbei richtigerweise der formalen und informellen Regulierung feindlicher Übernahmen einen zentra-

len Stellenwert einräumt. Empirische Grundlage der Analyse sind vier etwa zur Mitte der neunziger Jahre einsetzende und bis in die jüngere Vergangenheit reichende, vergleichend angelegte Fallstudien zu Deutschland, Frankreich, Japan und den Niederlanden.

Zwei Befunde ziehen sich als rote Fäden durch den Band. Erstens, die politischen Dynamiken von Reformen werden durch Analysen der Wählerpräferenzen oft nur unzureichend erfasst. Denn politische Wirksamkeit entfalten diese Präferenzen nur, wenn die zugrunde liegenden Probleme ein Mindestmaß an öffentlicher Politisierung erfahren haben (Salienz). Ist die Salienz niedrig, wird die Politik ihre Entscheidungen nicht an den Wählerinnen und Wählern, sondern an organisierten Interessen orientieren. Und das bedeutet im Fall der Unternehmenskontrolle vor allem: an den Interessen der Manager. Nur in seltenen Fällen, so *Culpepper*, werden Probleme der *corporate governance* derart politisiert, dass die Präferenzen des Elektorats einen Unterschied machen. Und zweitens, die Präferenzen der Manager gegenüber marktschaffenden Reformen der Unternehmenskontrolle variieren von Land zu Land. Als entscheidende Determinante dieser Präferenzen identifiziert der Autor den institutionalisierten Arbeitnehmereinfluss im Unternehmen. Verfügen die Beschäftigten über eine glaubwürdige Vetomacht bei Restrukturierungen, so wie beispielsweise in Deutschland, dann werden Manager dazu tendieren, gegen die Liberalisierung der Unternehmenskontrolle zu opponieren. Denn dann haben sie wenig zu gewinnen, wenn sie selbst als feindliche Übernehmer in Erscheinung treten, aber viel zu verlieren, wenn sie

selbst zum Übernahmeziel werden. Ist die Vetomacht der Beschäftigten in den Großunternehmen des Privatsektors aber schwach, so wie beispielsweise in Frankreich, dann kann sich in der Wirtschaftselite eine Präferenz für feindliche Übernahmen ausbilden. In diesem Fall werden die Manager die Rufe der Investoren nach marktschaffenden Reformen der Unternehmenskontrolle unterstützen und selbst angloamerikanische Übernahmepraktiken adaptieren.

Quiet Politics and Business Power ist ein sehr amerikanisches Buch. Das zeigt sich nicht nur am Mut zur zugespitzten These, sondern insbesondere auch an der Neigung des Autors, sich Einsichten der vorliegenden Forschungsliteratur strategisch so zurechtzurücken, dass er sein eigenes Argument optimal gegen diese in Stellung bringen kann. Zwei der betreffenden Stellungsspiele seien kommentiert. *Culpepper* schießt erstens gegen den Historischen Institutionalismus und wirft ihm die Überbetonung formaler Institutionen bei gleichzeitiger Vernachlässigung informeller Institutionenbildung vor. Das ist insofern bemerkenswert, als dass ein Großteil der historisch-institutionalistischen Analyse ja nicht auf die eigentlichen Institutionen, sondern auf das kreative Verhalten der ihnen Unterworfenen entfällt. Als vernachlässigte „informelle“ Institution identifiziert *Culpepper* konzentrierte Eigentümerstrukturen. Soweit hiermit Unternehmensnetzwerke (*cross shareholdings*) gemeint sind, mag dies ja noch angehen, wenn auch weniger wegen ihrer in einigen Ländern bis in die neunziger Jahre andauernden Stabilität, als vielmehr wegen ihrer verhaltenssteuernden Eigenschaften. Der Autor geht aber einen Schritt weiter und behandelt alle Formen des „geduldigen

Kapitals“ (*patient capital*) – das sind alle Formen des Aktienbesitzes in großen Paketen und mit langem Anlagehorizont – als Institutionen. Das geht eindeutig zu weit und verwischt die Linie zwischen Institution und Verhalten. Die Entscheidung von Investoren, ihre Anlagen auf wenige Investitionsobjekte zu konzentrieren, statt sie auf viele zu diversifizieren, ist eine freilich durch Institutionen beeinflusste, aber letztlich eben doch private Entscheidung und sollte auch als solche analysiert werden. Zweitens soll auch *Culpeppers* Behandlung der Literatur über politische Dynamiken der Unternehmenskontrolle nicht unkommentiert bleiben. Der Autor schreibt gegen einen Literaturzweig an, den er als *partisan theory of corporate control* bezeichnet. In dieser Literatur wurde darauf hingewiesen, dass viele aktionärsorientierte Reformen der vergangenen zwei Jahrzehnte eine zunächst einmal überraschende Unterstützung der Mitte-Links-Spektren der jeweiligen Länder für sich verzeichneten – mit Konsequenzen für die Reformverläufe, insbesondere aber mit Implikationen für unser Denken über politische Konfliktlinien im „organisierten“ Kapitalismus. *Culpepper* unterstellt diesem Literaturzweig, er habe die parteipolitische Zusammensetzung von Regierungen als entscheidende *Ursache* aktionärsorientierter Reformen gewertet. Das darf man zumindest als „sportlich“ bezeichnen, denn die Analyse bemerkenswerter Konfliktlinien ist etwas anderes als die Spezifikation von Reformursachen. Zudem sei angemerkt: Geringe Salienz impliziert keineswegs, dass Parteien keinen Unterschied machen. Denn Parteien sind nicht nur rationale *vote seeker*, sondern verfügen als Organisationen über ein historisches Ge-

dächtnis. So hat sich die deutsche Sozialdemokratie während der siebenjährigen Kartellschlacht der fünfziger und der Debatte über die Macht der Banken der siebziger Jahre, beides zweifellos Beispiele für hohe Grade an Politisierung, Positionen erarbeitet, die auch dann noch nachwirkten, als die öffentliche Beachtung von Problemen der Unternehmenskontrolle und der Wettbewerbspolitik rückläufig war. Hier hätte *Culpepper* die Einsichten des Historischen Institutionalismus kreativ auf Parteien (und Gewerkschaften) anwenden können, statt sich gegen ihn zu wenden.

Quiet Politics and Business Power ist ein streitbares und deshalb lesenswertes Buch. *Culpeppers* These von der unternehmensinternen Arbeitnehmermacht als maßgeblicher Determinante der Managerpräferenzen zur Liberalisierung der Unternehmenskontrolle mag überspitzt daherkommen, auf alle Fälle enthält sie einen Teil der Wahrheit. Realistischer wohl, dafür aber nicht gerade gewagt, wäre die Modellierung als Co-Evolution sich wechselseitig beeinflussender Institutionen und Praktiken. Im Zweifel ist die gewagte These vorzuziehen, Kritiker sind frei, ein besseres Erklärungsmodell anzubieten. Positiv hervorzuheben sind zudem der Detailreichtum und die Zugänglichkeit der vier Fallstudien, die im vorletzten Kapitel um eine Diskussion der Politisierung der Führungskräftevergütung in den Vereinigten Staaten ergänzt werden. All dies macht *Culpeppers* neues Buch zu einer interessanten und kurzweiligen Lektüre. Der *American style* des allzu unbekümmerten Hantierens mit Pappkameraden sei gleichwohl nicht zur Nachahmung empfohlen.

Martin Höpner